

STADT-ZEITUNG 02

Info der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft des Stadtverbandes Düsseldorf

2025

**PARTEIVERBOT:
JA ODER NEIN?**

GEW



Alle Fotos ohne Namensnennung:

© Stadtverband GEW-Düsseldorf und Anne Kamps

Der Bezugpreis

ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion wieder.

Herausgeber

GEW-Stadtverband Düsseldorf
Friedrich-Ebert-Straße 34-38
40210 Düsseldorf
Telefon: (0211) 36 39 02
Fax: (0211) 600 91 47
geschaeftsstelle@gew-duesseldorf.de
www.gew-duesseldorf.de
fb: GEWduesseldorf

Geschäftsführerin

Anja Mühlenberg
Geschäftszeiten:
Mo/Mi 9-13
Di 13:30-17:30
Do 13:30-16:30

Redaktion

Dr. Sylvia Burkert
Telefon: (0211) 9 95 98 59
Mobil: 0172 4031950
eMail: dr.burkert@gew-duesseldorf.de

Satz/Layout

kuttner, Beschriftung.Produktion.Design
Sven Kuttner
Sulzbachstraße 95
40223 Düsseldorf
Telefon: (0211) 15 93 98 21
eMail: info@beschriftungen-kuttner.de
www.beschriftungen-kuttner.de

Druck

TIAMAT druck GmbH
Luisenstrasse 69
40215 Düsseldorf

GEWERKSCHAFTSTAG

- 6** Dit is Berlin, wa?! 30. Bundesgewerkschaftstag. Von Bärbel Bösche
- 8** Vorstandswahlen
- 10** Nu aber ran an die Buletten!
Wegweisende Beschlüsse des 30. Gewerkschaftstages!
- 11** Eine Schule für alle! Inklusion für alle!

GEGEN RECHTS

- 12** Rote Linien, GEW für Prüfverfahren für AfD-Verbot
- 13** Rote Linien im Kommunalwahlkampf
- 16** Gemeinsam gegen rechte Hetze.
Protest gegen eine Veranstaltung der AfD Düsseldorf t
- 18** Kandidatencheck- Wie läuft's in Düsseldorf mit der Bildung?

ASYLRECHT

- 20** „Familienzerstörungsgesetz“ (Pro Asyl)
- 22** Asylrecht verteidigen. Von Uwe Kleinert

SCHULE TRIFFT GEWERKSCHAFT

- 24** Was genau machen Gewerkschaften? Von Gabriella Lorusso

INTERNATIONALES

- 26** Der Arbeitskreis Düsseldorf Postkolonial. Von Uwe Kleinert

VORSTAND

- 28** Alles neu macht der Mai. Der neugewählte Vorstand der GEW Düsseldorf
- 29** Abschied von Dietger- Abschiedsworte von Sylvia Burkert

JHV

- 34** JHV Nachlese- Leitantrag 2025/2026. Von Theo Wahl-Aust

IN EIGENER SACHE

- 32** Geradlinig unterwegs mit dem Lehrerkalender für das Schuljahr 25/26
- 33** Informationen rund um die Geschäftsstelle der GEW Düsseldorf

ADRESSEN

- 34** Unsere Personalrätinnen und Personalräte



SCHÖNES SAKKO. KIK?*

Zum Redaktionsschluss wurde im Oval Office wurde Heile Welt gespielt mit den bekannten Hauptdarstellern. Das hatte einen hohen Unterhaltungswert, verhöhnt aber die Folgen der weltweiten Zerstörungswut rechter Politiker.

(* Titanic)

Deutschland kann da durchaus mithalten, wenn Innenminister Dobrindt das Asylrecht schleift. Insbesondere der Stopp des Familiennachzugs wirkt sich katastrophal aus: die Kinder aus migrantischen Familien fragen unsere Kolleginnen und Kollegen an den Schulen immer öfter, ob und wie lange sie noch in ihrer vertrauten Umgebung bleiben dürfen – voller Unsicherheit und Angst. Der Artikel „Familienzerstörungsgesetz“ in dieser Ausgabe stellt die rechtlichen Grundlagen dar.

Der AfD reicht das alles nicht. Zunehmend rühme sich die AfD, „dass ihre bildungspolitischen Vorstöße von der Union aufgegriffen werden, indem sich der rechte Flügel deutlich auf eine „konservative Revolution“ besinnt, wie von CSU-Politiker Alexander Dobrindt beschworen“, so Erhard Korn in seiner umfassenden Recherche für die Zeitschrift „der rechte rand“ (<https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/die-bildungspolitik-der-afd-roll-back-nach-rechts>) (<https://t1p.de/cj9my>). Eines ist klar: AfD-Bildungspolitik ist Rollback nach rechts: **„Die AfD-Forderung nach einem „schlanken Staat“ bedeutet für das Bildungswesen die Konzentration auf Kernunterricht, den Abbau aller zusätzlichen Unterstützungsbe- reiche und eine Stärkung autoritä- rer**

Strukturen: „Problematische Schüler brauchen keinen Schulsozialarbeiter, sie brauchen Autoritäten“, sagt AfD-Politiker Tillschneider. Damit wird auch ausgeschlossen, dass Schule Lernfeld für soziale Demokratie ist: eine autoritäre Schule fundiert einen autoritären Staat.“

(Erhard Korn in seiner Studie).

Auch wir in Düsseldorf sind immer wieder aufgerufen gemeinsam mit den demokratischen Kräften der AfD die Stirn zu bieten; diese lädt vermehrt zu „Bürgerdialogen“ ein (s. Bericht Rote Linien in dieser Ausgabe).

Daher hat die AFD, zuletzt vom Verfassungsschutz als extrem rechts ein gestuft – nicht gerade eine neue Erkenntnis, **Düsseldorf Stellt Sich Quer** organisiert schon seit Jahren den Protest gegen die AFD – auch auf unserer bildungspolitischen Veranstaltung zur Kommunalwahl am 9.2. (s.S. 13) nichts zu suchen.

Sylvia Burkert, Redaktion



DIT IS BERLIN, WA?!

30. Bundesgewerkschaftstag

vom 20. bis 24. Mai.

Von Bärbel Bösche (Vorstandsmitglied)

Fünf Tage Berlin, fünf Tage voller Debatten und Beschlüsse – möchte man meinen. Aber...zunächst einmal standen die Wahlen im Fokus: Ohne das Besetzen der Posten kein Hauptvorstand. Und so verging manche Stunde mit der Präsentation der Kandidat*innen. Bei nur einer Kampfkandidatur schon eine gewisse Durststrecke. Dank des klug gewählten Hotels, das gleichzeitig Kongress-Zentrum war, gab es keine langen Wege und mehr Zeit für die Antragsberatungen – so konnte man auch über nur einen einzigen Begriff, mit dem sich eine Schulform nicht wohlgefühlt hat, viele Redebeiträge hören. Gewerkschaftstag as usual eben.

Das Rahmenprogramm konnte sich wirklich sehen lassen: Der politische Abend brachte eine Podiumsdiskussion mit Politiker*innen der Linken, Grünen und Roten. Die Schwarzen in Gestalt der Bundesbildungsministerin hatten sich bereits bei der Begrüßungsveranstaltung am Tag zuvor die Ehre gegeben, bei der auch Frau Fahimi, Bundesvorsitzende des DGB, nicht fehlte. Von allen Seiten hörte man markige Worte – ob sie im Alltag Widerhall finden werden, wird sich zeigen. Auch der Landesverband Berlin ließ sich nicht lumpen und bescherte einen wirklich gelungenen Abend im Spindler & Klatt direkt an der Spree, über die es mit einer Bootstour auch mit dem Landesverband NRW ging.

Berliner Luft – schön und gut, aber Luft nach oben ist auf jeden Fall noch gewesen. Die haben wir nun mit in unser Bundesland zurückgebracht. Die Arbeit auf dem Landesgewerkschaftstag im kommenden Jahr wird zeigen, ob weitere Umsetzungen gelingen.

Da bleibt noch was zu tun!

Bärbel Bösche,
Stadtverband Düsseldorf
Fachgruppe Berufskolleg
Hauptpersonalrat Berufskolleg
Referat Gewerkschaftliche Bildung/
Referat Rechtsschutz
Mail: baerbel.boesche@gew-nrw.de
Tel: 0211 – 91384874

Vertraten den
Düsseldorfer
Stadtverband:
Regina Köhler,
Gabiella Lorusso,
Bärbel Bösche
(v.l.n.r.).





DEMOKRATIE beginnt mit **BILDUNG**

30. Gewerkschaftstag
20.-24. Mai 2025
Berlin





VORSTANDSWAHLEN

Berlin – **Maika Finnern** ist als Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) wiedergewählt worden. Die 56-jährige Lehrerin erhielt 93,8 Prozent der Stimmen der Delegierten des 30. Gewerkschaftstages der Bildungsgewerkschaft „Demokratie beginnt mit Bildung! Damit Deutschland das Motto unseres Gewerkschaftstages einlösen kann, brauchen wir dauerhafte Investitionen in Bildung und mehr Personal. Darunter fallen 130 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen sowie jährliche Investitionen in das Bildungswesen in Höhe von mindestens zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Beschäftigten brauchen gute Arbeitsbedingungen, um alle Lernenden bestmöglich unterstützen und fördern zu können“, sagte Finnern, die für weitere vier Jahre gewählt ist, am Dienstag.

„Es ist unbedingt notwendig, gemeinsam und solidarisch gegen Rechts zu kämpfen. Wir sind nicht neutral! Wir machen uns stark für soziale Gerechtigkeit, für gute und chancengleiche Bildung und für gute Arbeitsbedingungen. Denn: Demokratie beginnt mit Bildung“, betonte Finnern.

Um den Bildungsbereich qualitativ zu verbessern, müssten „Bund, Länder und Kommunen besser und verbindlicher zusammenarbeiten: Wir brauchen ein Kooperationsgebot in der Bildung – kein Verbot, das die finanzielle Unterstützung der Länder und Kommunen durch den Bund behindert“,

sagte die GEW-Vorsitzende. In den nächsten Jahren müssten wichtige bildungspolitische Projekte angegangen und gut umgesetzt werden. Finnern verwies in diesem Zusammenhang auf den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz an Grundschulen ab dem Schuljahr 2026/27, das Startchancenprogramm, das im vergangenen Jahr gestartet worden ist, aber ausgeweitet und verstetigt werden müsse, die Entwicklung eines echten Kitagesetzes mit verbindlichen Qualitätsstandards, eine grundständige BAföG-Reform, Dauerstellen für Daueraufgaben an den Hochschulen, den Pakt für berufliche Schulen sowie bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung in der Erwachsenen- und Weiterbildung hin. *„Diese Ziele erreichen wir nur, wenn der Fachkräftemangel, insbesondere an Schulen und Kitas, endlich ernsthaft bekämpft wird. Das fordert uns alles ab. Diese Aufgaben können nur gemeinsam und mit einer starken GEW bewältigt werden. Wir sind bereit“*, hob Finnern hervor.



(<https://www.gew.de/presse/pressemitteilungen/detailseite/maike-finnern-als-vorsitzende-der-gew-wiedergewählt>)

In den achtköpfigen Vorstand wählen die Delegierten :

Vorsitz: Maïke Finnern

Stellvertretung: Doreen Siebernik

Finanzen: Nick Strauss

Frauen-, Gleichstellungs-,

Geschlechterpolitik: Tina Breidenich

Tarif- und Beamtenpolitik: Annett Lindner

Jugendhilfe und Sozialarbeit: Doreen Siebernik

Schule: Anja Bensinger-Stolze

Hochschule und Forschung: Andreas Keller

Berufliche Bildung und Weiterbildung: Ralf Becker

NU ABER RAN AN DIE BULETTEN!

Wegweisende Beschlüsse des 30. Gewerkschaftstages!

Neue schulpolitische Positionen:

Aufbruch nötig

Die GEW hat auf ihrem Gewerkschaftstag in Berlin ihre schulpolitischen Positionen aktualisiert. Sie strebt ein langes gemeinsames Lernen in der „Eine(n) Schule für alle“ an. Dem Beschluss ging ein dreijähriger Überarbeitungsprozess voraus.

Wir brauchen einen Aufbruch in der Schulpolitik. Wir wollen die ‚Eine Schule für alle Kinder‘ in einem inklusiven Schulsystem, das alle bestmöglich unterstützt und fördert, niemanden zurücklässt“, sagte GEW-Vorsitzende Maike Finnen. Jahr für Jahr verließen 50.000 Jugendliche die Schule ohne einen Abschluss. „Das ist ein gesellschaftspolitischer Skandal, den wir uns nicht länger leisten können und wollen. Deshalb brauchen wir mehr Inklusion und mehr Ganzttag“, unterstrich die GEW-Vorsitzende.

Gegen eine veraltete Schulstruktur

Die Antragsteller begründeten die Neufassung damit, dass die Positionen und Forderungen der GEW an die sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen angepasst werden müssen – und nach mehr als 20 Jahren sei nun der richtige Zeitpunkt. Nachdem auf dem Gewerkschaftstag im Jahr 2022 die Aktualisierung der schulpolitischen Positionen beschlossen wurde, be-

teiligten sich im Anschluss weit über 300 Kolleginnen und Kollegen auf drei Regionalkonferenzen sowie einer bundesweiten „Perspektivenkonferenz“ an diesem Prozess. Zudem haben einzelne Landesverbände und Bundesausschüsse von ihrer Mitsprachemöglichkeit Gebrauch gemacht.

In der lebhaften und längeren Debatte wurde darauf hingewiesen, dass sich der Einsatz für „Eine Schule für alle“ gegen eine veraltete Schulstruktur, aber nicht gegen die dort tätigen Beschäftigten richte. Die GEW sei eine solidarische Bildungsgewerkschaft, die die Bildungsbereiche von der Kita bis zur Hochschule und so auch die verschiedenen Schulformen als gleichwertig betrachtet. Es gilt, sich den Zwängen des gegliederten Schulsystems entgegenzustellen und die neue Positionierung sei ein deutliches Signal in dieser Richtung.

ZIEL: GESELLSCHAFTLICHER KONSENS

**Eine Schule für alle!
Inklusion für alle!**

In dem Beschluss werden folgende zentrale Positionen definiert:

- Die GEW bekräftigt den Erhalt des staatlichen Schulwesens, damit es zu größerer Bildungsgerechtigkeit, zu mehr Chancengleichheit und Nachhaltigkeit kommt.
- Die GEW tritt offensiv für eine Stärkung von Demokratie, Teilhabe und Nachhaltigkeit in den Schulen ein. Lebendige demokratische Strukturen mit echter Beteiligung am Schulgeschehen und an Lernprojekten gehören ebenso dazu wie die Ausrichtung der Bildungsinhalte und -formen in Richtung Toleranz und Akzeptanz gesellschaftlicher Vielfalt.
- Die GEW strebt ein langes gemeinsames Lernen in der „Eine(n) Schule für alle“ an. Das diese Schule tragende Inklusionsverständnis umfasst alle Menschen. Eine Aussonderung oder Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen verbietet sich. Pädagogische Qualität bedeutet ein umfassendes Konzept ganztägiger, ganzheitlicher und umfassender Bildung. Das Ziel besteht in einem wohnortnahen, mindestens zehnjährigen gemeinsamen Schulbesuch. Diese Schulen arbeiten ganztägig nach einem in der Schulgemeinschaft abgestimmten Konzept. Sie führen zu in allen Bundesländern gleichwertigen ersten Abschlüssen am Ende der Sekundarstufe I nach Klasse 10.
- Die GEW fordert eine strategische Diskussion, wie Inklusion und die „Eine Schule für alle“ umgesetzt werden können. Bislang ist es nicht gelungen, einen gesellschaftlichen Konsens für ein integratives beziehungsweise inklusives Schulsystem herzustellen. Es braucht einen echten Aufbruch!
- Die GEW betont, dass sowohl die Schulstruktur als auch die Ausbildungsqualität der Pädagoginnen und Pädagogen, die Räumlichkeiten und deren Finanzierung überprüft werden müssen. Die GEW stemmt sich gegen die Veränderung der Schule im Sinne ökonomischer Verwertbarkeit des Menschen wie auch im Sinne einer Unterordnung der Schule unter ökonomische Interessen.
- Die GEW fordert einen Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Förderung für die Dauer der Pflichtschulzeit.

ROTE LINIEN



GEW für Prüfverfahren für AfD-Verbot

22.05.2025 Berlin – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fordert die Bundesregierung und die Abgeordneten des Bundestages auf, sich aktiv für die Einleitung eines Prüfverfahrens für ein AfD-Verbot beim Bundesverfassungsgericht einzusetzen. Das haben die Delegierten des 30. Gewerkschaftstages, der unter dem Motto „Demokratie beginnt mit Bildung“ stand, beschlossen.

Inzwischen ist die Partei AfD deutschlandweit vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ eingestuft. Anfang Mai hatte der Verfassungsschutz ein Gutachten vorgelegt, in dem die AfD als „gesichert rechtsextrem“ eingestuft wird. Die GEW sieht die Gefahr, dass die AfD das Ziel verfolgt, die Demokratie auszuhöhlen und zu beseitigen. Das Verbot der AfD, die darauf aus ist, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen, sei daher verfassungsrechtspolitisch geboten – das wurde bereits Ende November 2024 in einem Schreiben an den Rechts- und Innenausschuss des Bundestags von 17 Verfassungsrechtler*innen und Hochschulprofessor*innen deutlich benannt. Diese Position vertritt auch die GEW.

„Wir müssen aus der Geschichte lernen und die Demokratie verteidigen!“
(Monika Stein)

In der Begründung des Antrags auf dem Gewerkschaftstag der GEW wurde hervorgehoben, dass ein Verbot der AfD zugleich einen Wegfall der staatlichen Finanzierung für etwaige sofortige Neugründungen unter neuem Namen bedeute und daher die bundesdeutsche Demokratie schütze und stabilisiere. Zugleich dürfe die manchmal zu hörende Befürchtung vor einsetzenden Unruhen nach einem AfD-Verbot nicht dazu führen, den Schutz der Demokratie vor ihren Feinden zu unterlassen. Es sei ein Fehler, weiter abzuwarten und daher geboten, nun endlich mit einem Verbotsantrag aktiv zu werden. Die Vorsitzende der GEW Baden-Württemberg, Monika Stein, betonte: „Wir müssen aus der Geschichte lernen und die Demokratie verteidigen!“

„Schulen und Lehrkräfte müssen Klarheit darüber haben, wo rote Linien sind und professionell handeln können.“
(Maike Finnern)

Am Rande der Debatte sagte die GEW-Vorsitzende Maike Finnnern, dass in den Schulen Einzelfallprüfungen von Lehrkräften sinnvoll seien, wenn entsprechende Verdachtsmomente vorliegen, dass eine Lehrkraft zugleich AfD-Mitglied ist und in ihrer beruflichen Tätigkeit ihren Eid auf die Einhaltung der grundgesetzlichen Ordnung verletzt und ihren Bildungsauftrag damit missachtet hat. Verstöße gegen das Grundgesetz wie rassistische oder antisemitische Äußerungen sowie Aufrufe

zu Gewalt müssten in jedem Fall konsequent geächtet sowie disziplinar- und strafrechtlich verfolgt werden. Die Aufgabe der Politik und Schulverwaltungen sei es, hierfür den Handlungsrahmen zu schaffen sowie Strukturen und Instrumente bereitzustellen. „Schulen und Lehrkräfte müssen Klarheit darüber haben, wo rote Linien sind und professionell handeln können.“

ROTE LINIEN IM KOMMUNALWAHLKAMPF

Düsseldorfer SPD bekräftigt Forderung nach AfD-Verbot: Klare Kante gegen Rechtsextremismus

Düsseldorf, 2. Mai 2025 – Der aktuelle Bericht des Bundesamts für Verfassungsschutz lässt keinen Raum für Zweifel: Die AfD wird nun offiziell als gesichert rechtsextreme Partei eingestuft. Für die SPD Düsseldorf ist dieser Befund ein weiterer, eindeutiger Beleg für das, was längst offensichtlich war – und ein Anlass, ihre Forderung nach einem Verbot der AfD mit Nachdruck zu erneuern.

„Wir haben bereits in der Vergangenheit klar gemacht, dass die AfD keine Partei wie jede andere ist. Sie ist ein Sammelbecken für Hass, Hetze und Demokratieverachtung“, erklärt Zanda Martens, Vorsitzende der SPD Düsseldorf. „Jetzt ist auch offiziell bestätigt, dass es sich um eine rechtsextreme Organisation handelt. Es ist an der Zeit, alle verfassungsrechtlichen Mittel zu nutzen, um dieser Gefahr für unsere Demokratie entschieden entgegenzutreten.“

Die SPD Düsseldorf macht deutlich: Nazis darf man nicht tolerieren – man muss sie bekämpfen. Und zwar mit allen Mitteln, die unsere Verfassung zur Verfügung stellt.

Als konsequente Folge dieser Haltung wird die SPD im bevorstehenden Kommunalwahlkampf weiterhin keine Veranstaltungen, Podien oder Diskussionsrunden mehr besetzen, zu denen auch Vertreterinnen oder Vertreter

der AfD eingeladen sind. „Die AfD hat sich mit ihrer verfassungsfeindlichen Ausrichtung selbst aus dem demokratischen Diskurs verabschiedet. Eine Bühne von uns wird es dafür nicht geben“, sagt Martens weiter.

Die SPD Düsseldorf richtet zudem einen eindringlichen Appell an die Zivilgesellschaft, zivilgesellschaftliche Organisationen sowie insbesondere an öffentlich-rechtliche und private Medien: Geben Sie Vertreterinnen und Vertretern der AfD kein Podium mehr. Wer Rechtsextremen eine Bühne bietet, normalisiert ihre Ideologie und trägt zur weiteren Spaltung unserer Gesellschaft bei. Die mediale Präsenz dieser Partei darf nicht länger durch falsch verstandene Ausgewogenheit legitimiert werden. Demokratische Debatten brauchen eine klare Abgrenzung von Verfassungsfeinden – nicht ihre Einbindung.

GRÜNE: Keine Teilnahme an Veranstaltungen mit der AfD!

Düsseldorf ist international und weltoffen – die AfD ist gesichert rechtsextrem

2. Mai 2025

Clara Gerlach, GRÜNE OB-Kandidatin: *„Podiumsdiskussionen sind wichtige Veranstaltungen für den demokratischen Wettstreit. Sie dürfen aber keine Bühne für rechtspopulistische, rechtsradikale und antidemokratische Kräfte sein. Daher werden wir GRÜNE im Kommunalwahlkampf an keiner Diskussionsveranstaltung gemeinsam mit Vertreterinnen oder Vertretern der AfD teilnehmen“.*

Patricia Guillaume und **Maximilian Fries**, Sprecher*innen des GRÜNEN Kreisverbandes Düsseldorf: *„Die AfD ist insgesamt gesichert rechtsextrem, laut der endlich vorgelegten Neubewertung des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Dass Ratsmitglieder und Abgeordnete der AfD in demokratischen Wahlen gewählt wurden bedeutet nicht, dass sie auch demokratische Ziele verfolgen. Auf allen politischen Ebenen haben Vertreterinnen und Vertreter der Partei schon das Gegenteil gezeigt, zuletzt auch erneut in Düsseldorf. Düsseldorf ist eine internationale, vielfältige und weltoffene Stadt. Das macht uns kulturell, wirtschaftlich und sozial stark. Die AfD steht für das Gegenteil und spielte daher in Düsseldorf bislang eine unterdurchschnittliche Rolle. Wir kämpfen dafür, dass das so bleibt und werden sie nicht größer machen, als sie ist“.*

Gerlach: *„Ich freue mich über jede Einladung zu Diskussionsrunden gemeinsam mit meinen demokratischen Mitbewerbern. Dazu zählen Kandidat*innen der AfD eindeutig nicht. Ich werde an keiner Diskussionsrunde teilnehmen, die einer gesichert rechtsextremen Partei eine Bühne bietet“.*

DIE LINKE Die Linke Düsseldorf befürwortet ein AfD Verbotsverfahren.

Wir bekämpfenden Faschismus und seine Ursachen. Deswegen müssen wir den Machtgewinn einer faschistischen Partei bekämpfen - mit allen Mitteln, die uns bleiben.

Kreissprecher Maximilian Kisters dazu: „Die AfD ist eine rückschrittliche, neofaschistische Kraft, die soziale Errungenschaften und Fortschritt zurückdrehen will und ihre rassistische Agenda durchsetzen. Wir müssen die AfD daher mit allen Mitteln bekämpfen, auch einem Verbot. Es darf nicht sein, dass sich 80 Jahre nach dem Sturz des Hitler-Regimes wieder faschistische Kräfte breit machen - wir haben eine Verantwortung das zu verhindern und die AfD und alle faschistischen Tendenzen an der Wurzel zu bekämpfen.“

Julia Marmulla, Fraktionssprecherin der Ratsfraktion Die Linke und OB Kandidatin für die Linke: "In Deutschland wandelt die AfD die Unzufriedenheit vieler Menschen in Hass auf Minderheiten und Demokratie. Dabei zieht die AfD auch andere Parteien mit nach rechts. Die Bundesregierung lässt sich von der AfD beeinflussen und sägt aktuell an Menschen- und Freiheitsrechten wie dem Recht auf Asyl. Für die Demokratie sollte deshalb ein AfD Verbot vorbereitet werden. Verboten gehört aber auch eine ungerechte und unsoziale Politik, die Reiche reicher und Arme ärmer macht. Da man den Kapitalismus nicht einfach verbieten kann, braucht es Die Linke."

Auch in Düsseldorf gibt es schreiende Ungerechtigkeiten. So wollen alle Parteien außer der Linken für Milliarden Euro ein neues Opernhaus bauen - während das Elend rings um den Hauptbahnhof unerträglich ist. Viele Menschen können ihre Miete nicht mehr bezahlen, während Bürotürme und Luxuswohnungen genehmigt werden. Das muss sich ändern.

CDU und FDP begrüßen im Düsseldorfer Landtag die Neubewertung der AfD durch den Verfassungsschutz

Düsseldorf/Berlin (dpa/lnw) - Spitzen der nordrhein-westfälischen Regierung und der meisten Landesparteien begrüßen die verfassungsgerichtliche Einstufung der AfD als "gesichert rechtsextremistisch". Für alle demokratischen Parteien in Deutschland müsse damit klar sein, dass die AfD "der politische Hauptgegner" sei, sagte Ministerpräsident **Hendrik Wüst** (CDU) der "Rheinischen Post".

Der AfD die Existenzgrundlage zu entziehen, sei zentrale Aufgabe aller Demokraten und die gelinge am besten, wenn die Probleme der Menschen gelöst würden. In NRW sitzt die AfD seit 2017 als Oppositionsfraktion im Düsseldorfer Landtag.

JEDER 
DEMOKRAT

IST EIN 
ANTIFASCHIST!

SONST BIST DU KEINER



GEMEINSAM GEGEN RECHTE HETZE

Das anti-rassistische Bündnis „Düsseldorf stellt sich quer“ (DSSQ) rief wieder am Montagabend (26. Mai) zu einem Protest gegen eine Veranstaltung der AfD Düsseldorf auf. Die rechtsextreme Partei veranstaltete erneut eine Podiumsdiskussion im Bilker Bürgerhaus. Laut DSSQ waren Claus Henning Gahr, Oberbürgermeisterkandidat der AfD Düsseldorf sowie die hessische Landtagsabgeordnete Anna Nguyen eingeladen. Neben der anstehenden Kommunalwahl sollte auch die Einstufung des Verfassungsschutzes als rechtsextreme Partei Thema des Abends sein. Unter dem Motto „Gemeinsam gegen rechte Hetze“ wurde laut und bunt protestiert. Laut Veranstalter gab es 130 Teilnehmer.

Wir waren dabei!



KANDIDATENCHECK

Wie läuft's in Düsseldorf mit der Bildung? Alles paletti oder rote Laterne? Das wollen wir von Kandidatinnen und Kandidaten der Düsseldorfer Rathaus-Parteien wissen.

Was wir, die größte Bildungsgewerkschaft in Düsseldorf wollen, ist klar:

- Chancengleichheit durch bestmögliche Förderung aller Schülerinnen und Schüler: der Bildungserfolg darf nicht von der PLZ abhängen! Schule darf für arme Familien nichts kosten!
- Entlastung statt Belastung für alle an der Schule Beschäftigten, d.h. genügend und qualifizierte Lehrkräfte, für die die schwarz-grüne Landesregierung zu sorgen hat – derzeit fehlen 8000 Lehrkräfte in NRW-, genügend Sozialarbeiter und Sozialpsychologen, genügend Verwaltungskräfte und Hausmeister, genügend Reinigungskräfte, genügend OGS-Kräfte, für die die Stadt verantwortlich ist.
- Eine flächendeckende ausgereifte digitale Ausstattung aller Schulformen und einen entsprechenden First-Level-Support.
- Qualifiziertes und ausreichendes Personal in den OGS- Einrichtungen und ein Ende des Wildwuchses in der Trägerschaft der OGS-Einrichtungen!

Wir fragen nach:

Wie sieht die Düsseldorfer Schullandschaft aus?

1) Werden die Mittel nach dem Sozialindex verteilt?

2) Schulstruktur:

- Inklusion: Standorte der Förderschulen: Wir wollen die Inklusion weiter ausbauen!
- Gesamtschulen: sind weitere Gesamtschulen geplant?
- Auflösung der Hauptschulen: Wir sind gegen den Vorschlag von Ministerin Feller, der Realschule die Bürde der verfehlten Landesschulpolitik aufzuladen und Hauptschulzweige zu errichten!
- Was passiert mit dem 2.Bildungsweg? Wird er weiter geschliffen wie das Riehlkolleg? Wir sind für den Ausbau des 2.Bildungsweges an den Kollegs, an der Abendrealschule und am Abendgymnasium.
- VHS: Regelmäßige Anpassung der Honorare an die Inflation? Wir fordern armutsfeste Honorare für die VHS-Dozentinnen. Die Kursleiterinnen erhalten das gesamte Honorar erst nach Beendigung des Kurses, die Teilnehmergebühren werden aber nach der Hälfte der Stunden eingezogen!

3) OGS und neuer Ganzttag ab 26/27 (1. Klasse)

- Stehen genügend Räume bereit?
- Werden die Angestellten tariflich bezahlt und fortgebildet?

4) Schulreinigung

- Was kommt nach dem „Modellprojekt Cloreinigung“?

Kommt endlich eine saubere Lösung für alle Schulen mit mehr tariflich bezahlten Reinigungskräften?

5) Digitalisierung

- Wann endlich sind alle Düsseldorfer Schulen 1:1 mit Ipads ausgestattet und wann endlich erhalten Lehrer vernünftige Arbeitsgeräte- Ipads sind ungeeignet! Wann werden die störanfälligen digitalen Tafeln mit gut funktionierenden Beamern ergänzt?

6 Ausstattung

- Die Gebäude sind zum Teil in einem schlechten Zustand, Tische und Stühle kaputt bzw. nicht ausreichend, zudem ergonomisch ungeeignet. Wo bleibt der Ersatz?

7) Lehrerraumprinzip

Trotz steigender administrativer Anforderungen sind die Chancen auf einen dafür notwendigen Arbeitsplatz innerhalb des Schulgebäudes oft gleich null. Können bei den zukünftigen baulichen Maßnahmen/Veränderungen Arbeitsplätze für Lehrer in ausreichendem Maße und in einer geräuscharmen Umgebung berücksichtigt werden? Das Lehrerraumprinzip- als eine Möglichkeit- scheitert oft an der geringen Anzahl an Räumen.

8)

9)

10)

Die Liste ließe sich beliebig lange fortsetzen

Wir laden die Kandidatinnen und Kandidaten aller demokratischen Parteien für das Oberbürgermeisteramt sowie den Rat der Stadt Düsseldorf ein, ihre bildungspolitischen Prioritäten für Düsseldorf vorzustellen. Wir bieten ihnen die Gelegenheit im direkten Austausch mit Beschäftigten aus allen Schulformen, Schüler- und Elternvertretungen ihre Positionen zu erläutern und zu diskutieren.



Datum: Dienstag 2.September 2025

Zeit: 17.30 - 20 Uhr

Ort: DGB-Haus, Arthur-Hauck-Saal,

Friedrich-Ebert-Str. 34-38, 40210 Düsseldorf

Veranstalter: GEW Stadtverband Düsseldorf

**Stadtverband
Düsseldorf**

„FAMILIENZERSTÖRUNGSGESETZ“ (PRO ASYL)

Bundesregierung setzt Familiennachzug für 2 Jahre aus! Der DGB appelliert mit 292 weiteren Organisationen an die neue Bundesregierung eine verantwortungsvolle Migrationspolitik auf den Weg zu bringen!

6. Mai 2025

<https://www.dgb.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/an-die-neue-bundesregierung-appell-fuer-eine-verantwortungsvolle-migrationspolitik/>

Mit ihrem Koalitionsvertrag stellen Union und SPD die Verantwortung für Deutschland ins Zentrum ihres Handelns. Zum Amtsantritt der Regierung machen 293 Organisationen und Verbände deutlich: Diese Verantwortung muss für alle Menschen in Deutschland gelten.

Der Wahlkampf war geprägt von einer aufgeheizten Stimmung, die sich vor allem gegen Geflüchtete und Zugewanderte richtete. Das hat sich auch im Koalitionsvertrag niedergeschlagen. Doch die Ausgrenzung einzelner Gruppen schafft ein Klima der Angst für alle und untergräbt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Am Ende nützt das nur den Feinden einer freiheitlichen Demokratie. Damit muss endlich Schluss sein. Zugewanderte und hierher geflüchtete Menschen sind integraler Teil unserer Gesellschaft – sie gehören zu Deutschland. Sie bereichern uns in allen Bereichen, ob in Familie und Freundeskreis, der Nachbarschaft, den Schulen, den Sportvereinen oder den Betrieben. Viele von ihnen leisten jeden Tag unverzichtbare Arbeit – im Einzelhandel,

im Krankenhaus, in der Industrie, in der Gastronomie, an Flughäfen, im öffentlichen Nahverkehr oder ehrenamtlich in Vereinen und gemeinnützigen Organisationen. Für uns ist klar: Unsere Gesellschaft gewinnt ihre Stärke aus Offenheit, Vielfalt und der Überzeugung, dass allen Menschen gleiche Rechte zukommen.

Nicht Geflüchtete und Zugewanderte spalten unsere Gesellschaft, sondern eine Politik, die sich den strukturellen und sozialen Problemen unseres Landes zu lange nicht konsequent angenommen hat. Die mittlerweile in der Gesellschaft verbreiteten Gefühle von Verunsicherung und Überforderung beim Thema Flucht und Migration werden somit noch verstärkt, anstatt ihnen mit guten Konzepten für eine funktionierende Asyl-, Aufnahme-, und Integrationspolitik zu begegnen. Für die hohe Belastung von Kommunen und einzelnen Berufsgruppen im Zusammenhang mit Migration werden allein Geflüchtete verantwortlich gemacht, anstatt die tatsächlichen sozialen, politischen und finanziellen Ursachen dieser Belastung anzugehen. So darf es nicht weitergehen. Was es jetzt braucht, ist eine Migrationspolitik, die verantwortlich handelt, statt unsere offene und vielfältige Gesellschaft zu gefährden.

Eine solche verantwortungsvolle Migrationspolitik

- ... schützt die Rechte der Einzelnen und somit aller – das gilt insbesondere auch für das Recht auf Asyl. Das Bekenntnis zum Recht auf Asyl im Koalitionsvertrag ist essentiell, reicht aber allein nicht aus. Es muss auch gelebt werden. Zurückweisungen an den Grenzen, Abschiebungen in Krisenländer und eine Beweislastumkehr im Asylverfahren zulasten Geflüchteter sind damit nicht vereinbar.
- ... nimmt Sorgen und Ängste ernst, ohne sie zu befeuern. Eine demokratische Gesellschaft lebt von der streitbaren Diskussion und verschließt nicht die Augen vor Herausforderungen. Doch dabei darf die kommende Bundesregierung nicht den humanitären und menschenrechtlichen Kompass verlieren, der Grundlage unseres Zusammenlebens ist.
- ... fördert die Integration aller Menschen. Die nächste Bundesregierung sollte Familien Sicherheit bieten, statt mit der Aussetzung des Familiennachzugs Integration zu verhindern. Auch braucht es weiterhin Chancen für diejenigen, die schon lange bei uns sind, weshalb das Erfolgsmodell des Chancen-Aufenthaltsrechts entfristet werden sollte. Für ein freiheitliches Zusammenleben müssen zudem Wege zu sicheren und gleichen Bürgerrechten durch Einbürgerung eröffnet werden, die keine Gruppen ausschließen. Integration darf dabei nicht allein von der Arbeitsmarktintegration abhängig gemacht werden, sondern es muss allen möglich sein, gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft zu werden.
- ... investiert in Strukturen für erfolgreiche Integration und Aufnahme. Die im Koalitionsvertrag benannten Investitionen in die Integrationsstrukturen sind von entscheidender Bedeutung und dürfen nicht unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden. Dies gilt insbesondere für die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Beratungs- und Betreuungsstrukturen sowie Integrations- und weitere Sprachkurse. Integration gelingt vor Ort in den Kommunen – diese müssen daher für ihre Aufgaben effektiv, umfassend und nachhaltig finanziell ausgestattet werden.
- ... nutzt alle vorhandenen Potentiale. Angesichts des Fachkräftemangels sollte die Bundesregierung konsequent alle vorhandenen Potentiale von hier ankommenden und lebenden Menschen nutzen und Hürden für Qualifikation und Arbeitsaufnahme abbauen. Hier sind bereits wichtige Schritte im Koalitionsvertrag vereinbart, doch braucht es darüber hinaus einen echten Spurwechsel und den konsequenten Abbau der Arbeitsverbote für alle Geflüchteten. Auch Gruppen wie Alleinerziehende oder Geflüchtete mit Behinderungen müssen beim Zugang zum Arbeitsmarkt unterstützt werden.
- ... schaut über den nationalen Tellerrand. Den weltweit zu beobachtenden autoritären Entwicklungen sollte die neue Bundesregierung mit der Verteidigung einer offenen, liberalen Gesellschaft begegnen, statt die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz durch die Streichung des sogenannten „Verbindungselements“ auf Drittstaaten abzuwälzen oder sich durch fragwürdige Abkommen mit Drittstaaten in politische Abhängigkeiten zu begeben. Sie sollte sich für eine solidarische Verantwortungsteilung im internationalen Flüchtlingsschutz einsetzen und sichere Zugangswege in Form von Resettlement und Aufnahmeprogrammen eröffnen, statt sie zu beenden.

ASYLRECHT VERTEIDIGEN

Der Seniorenkreis des Stadtverbandes im Austausch mit der Organisation „Flüchtlinge willkommen in Düsseldorf“ (FwiD)
Von Uwe Kleinert

Christian Scholl, der als Rechtsanwalt Migrant*innen vor Gericht vertritt, gab einen anschaulichen und lehrreichen Überblick über die wesentlichen Aspekte des deutschen Asylrechts.

Das Asylrecht in Deutschland nach Art. 16a Grundgesetz ist seit 1993 ausgehöhlt, weil Anspruch auf Asyl nur derjenige hat, der als politisch Verfolgter nicht über einen Drittstaat in die Bundesrepublik Deutschland gelangt ist. (Das geht eigentlich nur per Flugzeug...)

Trotzdem ist eine angestrebte Einreiseverweigerung rechtswidrig, denn zunächst muss das Bundesamt für Migration (BAMF) nach den Dubliner Regelungen prüfen, ob eine Zuständigkeit Deutschlands bei der Aufnahme des/der Schutzsuchenden besteht. Dabei wird geprüft, ob die Asylsuchenden Flüchtlingsschutz, subsidiären Schutz oder ein Abschiebeverbot beanspruchen können.

Flüchtlingsschutz (§ 3 AsylG, Genfer Flüchtlingskonvention) gilt, wenn eine Person in ihrem Herkunftsland Verfolgung durch den Staat, durch nicht-staatliche Akteure oder staatlich geduldete Gruppen fürchten muss. Gründe sind die gleichen wie bei der Asylberechtigung. Subsidiärer Schutz (§ 4 AsylG) wird gewährt, wenn im Herkunftsland ernsthafter Schaden droht, z.B. Todesstrafe, Folter, unmenschliche Behandlung oder Lebensgefahr durch bewaffnete Konflikte. Subsidiär Schutzberechtigte erhalten eine Auf-

enthaltserlaubnis, jedoch mit weniger Rechten als Flüchtlinge. Abschiebungsverbot (§ 60 Abs. 5 und 7 AufenthG): besteht, wenn eine Person nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschickt werden kann, weil dort eine konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit droht (z. B. bei lebensbedrohlichen Krankheiten ohne Behandlungsmöglichkeiten vor Ort). Dies bietet den geringsten Schutzstatus.

Es muss zu einer persönlichen Anhörung kommen, auf deren Basis dann das Bundesamt bzw. seine Außenstelle eine Entscheidung trifft. Eine bedingungslose Zurückweisung an der Grenze ist daher mit dem Anhörungsrecht nicht vereinbar.

Sollte die Entscheidung negativ ausfallen oder wird nur ein geringerer Schutzstatus als angestrebt gewährt, ist ein Klageverfahren möglich. Durch verschiedene Änderungen des Asylrechts sind bei "offensichtlich unbegründeten Asylanträgen" die Einspruchsfristen und mögliche aufschiebende Wirkungen verringert worden. Bei den diesbezüglichen Gerichtsverfahren kommen zudem häufiger restriktivere Entscheidungen vor, dennoch werden bis zu 40% der Verfahren noch positiv entschieden. Durch die kurzen Einspruchsfristen wird es aber immer schwieriger für die Asylbewerber, einen Rechtsbeistand für eine gerichtliche Klärung zu finden. Anwaltskosten werden durch Beratungshilfen und Prozesskostenhilfen nur im beschränkten

Maße übernommen, sodass Rechtsanwältinnen wegen zu geringer Einnahmen solche Prozesse eher scheuen oder nur in begrenzter Zahl Asylsuchende vertreten können. Eine derartige Beschränkung muss selbst unser Referent Christian machen, obwohl er prinzipiell gutwillig Asylsuchenden beisteht und sie berät.

Es sei zu befürchten, dass demnächst entgegen der Praxis bei Verwaltungsgerichtsverfahren – der sog. Beibringungsgrundsatz für Asylverfahren festgelegt wird, das heißt die Asylbewerber müssen vor dem Verwaltungsgericht selbst beweisen, dass ihre Angaben richtig sind, ohne dass das Gericht selbst zur Verfügung stehende Beweise heranzieht. Das fällt vielen Asylsuchenden schwer, denen die Beweismöglichkeiten wenig bekannt sind.

Was können die Gewerkschaften vor Ort tun?

Auf dem kommenden Gewerkschaftstag könnte ein Antrag formuliert werden, der die Stadt auffordert, Einrichtungen der Flüchtlingsbetreuung, wie die FwiD, zu unterstützen.

Die Gewerkschaften müssen gegen das gesellschaftliche Klima ankämpfen, das Migration immer stärker als belastendes Problem, als Gefahr für die Gesellschaft ansieht statt als gesellschaftliche Chance. So berichtet Hildgard Krems-Hüsing vom FwiD, dass der Verein sich 2015 vor ehrenamtlichen Helfern kaum retten konnte, heute aber um jeden Ehrenamtler, jede Ehrenamtlerin kämpfen muss. Wie steht es mit der Bereitschaft von Mitgliedern der GEW, die Flüchtlingsbetreuung zu unterstützen, z.B. beim Sprachunterricht?

In jeder Schule sollte es Migrationsverantwortliche geben, die bei

Problemen von Schüler*innen oder Lehrer*innen Hilfen geben oder diese vermitteln und die schulische Strukturen (für die Förderung) zu verbessern helfen.

Schon in der Lehrerbildung müssen die angehenden Lehrer*innen auf die Integration von Geflüchteten und Migrant*innen in der Schülerschaft vorbereitet werden.

Ein gutes Beispiel ist das Projekt „Faire Integration“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Es richtet sich speziell an Geflüchtete und Drittstaatsangehörige, um ihnen Unterstützung bei arbeitsrechtlichen Fragen zu bieten. Ziel ist es, Menschen über ihre Rechte auf dem deutschen Arbeitsmarkt aufzuklären und Ausbeutung zu verhindern.

Der Verein „Flüchtlinge willkommen in Düsseldorf“ ist zur Durchführung seiner Beratungs- und Betreuungsarbeit auf Spenden angewiesen, zumal staatliche und kommunale Mittel weiter eingeschränkt werden, hier können auch gut abgesicherte Pensionär*innen helfen. Weitere Informationen gibt es auf der homepage <https://www.fluechtlinge-willkommen-in-duesseldorf.de/>

Spendenkonto: Flüchtlinge willkommen in Düsseldorf e.V., IBAN: DE 48 3005 0110 1007 7908 41.

(VFwiD unterstützt seit 2014 geflüchtete Menschen in den Kernbereichen Sprache, Jobs und Wohnen im Welcome Center in der Schmöllestraße 7 und der Klosterstraße 132. Er bietet u.a. juristische Beratungen zum Asylrecht, Ausfüllhilfen bei Formularen, Hilfen bei Behördenangelegenheiten und Jobsuche, Sprachcafés in Deutsch und Englisch, Frauengesprächskreise an. 217 erhielt der VFwiD den Düsseldorfer Friedenspreis.

WAS GENAU MACHEN GEWERKSCHAFTEN?

Am 7. Mai besuchte eine Gruppe von Schüler*innen der Klasse 10 der Hulda-Pankok-Gesamtschule mit ihrer Lehrerin Sonja Ackermann das DGB-Haus in Düsseldorf. Dort trafen sie sich mit der Jugendvertreterin des DGB Annemarie Behnke, um mehr über die Aufgaben und die Bedeutung von Gewerkschaften zu erfahren.

Von Gabriella Lorusso*, Leitungsteam Stadtverbandsvorstand



Im Gespräch wurde anschaulich erklärt, welche Rolle Gewerkschaften in der Arbeitswelt spielen – etwa bei Tarifverhandlungen, im Einsatz für faire Löhne und beim Schutz von Arbeitnehmerrechten. Besonders spannend fanden die Jugendlichen die Einblicke in den Ablauf eines Streiks: Sie erfuhren, wie ein solcher entsteht, welche Schritte vorher notwendig sind und wer daran beteiligt ist.

Solidarität geht immer!

Viele der Schülerinnen und Schüler zeigten sich überrascht, wie viel Einfluss Gewerkschaften tatsächlich auf betriebliche Abläufe und auf die Gestaltung von Arbeitsbedingungen haben. Die Bedeutung von Tarifverträgen und Mitbestimmung wurde ihnen dabei besonders deutlich. Auch das Freizeitangebot der DGB-Jugend stieß auf großes Interesse: Einige Schülerinnen und Schüler zeigten sich begeistert von Angeboten zu Themen wie Umweltschutz

oder den regelmäßig stattfindenden Kinotagen. Ein Schüler äußerte am Ende: „Ich wusste gar nicht, dass die DGB-Jugend auch Freizeitprogramme anbietet – da möchte ich unbedingt mal mitmachen!“

Die Atmosphäre während des Besuchs war sehr entspannt und offen. Die Vertreterin der DGB-Jugend war hervorragend vorbereitet, sprach auf Augenhöhe mit den Jugendlichen und konnte alle Fragen konkret und verständlich beantworten. Viele Schülerinnen und Schüler hätten sich gewünscht, mehr Zeit für den Austausch zu haben – der Besuch war für die Fülle an Informationen eigentlich zu kurz. Als engagierte Gewerkschafter*innen und Pädagog*innen hoffen wir, mehr junge Menschen für die Gewerkschaftsarbeit begeistern zu können. Ich habe den Besuch begleitet und wir freuen uns sehr auf weitere Begegnungen.

Informationen zur DGB-Jugend Düsseldorf - Bergisch Land (DGB-Jugend DBL)

Wir - die DGB-Jugend in der Region Düsseldorf Bergisch Land - sind eine Jugendorganisation, die sich um die Interessen junger Menschen kümmert. Dabei geht es sowohl darum, die Bedingungen in Ausbildung, Praktikum oder Job zu verbessern als auch die Lebensbedingungen junger Menschen. Dazu gehört auch ein vehementer Einsatz für demokratische und gesellschaftliche Themen. Deshalb setzen wir uns in Seminaren und bei vielfältigen Veranstaltungen mit aktuellen, politischen und gesellschaftlichen Themen auseinander. Die DGB-Jugend ist sowohl Teil des Deutschen Gewerkschaftsbundes als auch eigenständiger Jugendverband. Mitglied der DGB-Jugend sind automatisch alle, die in einer der acht Mitgliedsgewerkschaften und unter 27 Jahre alt sind. Die acht Mitgliedsgewerkschaften sind die IG Metall, ver.di, IGBCE, GEW, NGG, EVG, GdP und IG BAU. ... Die DGB-Jugend Düsseldorf Bergisch Land ist aktiv in den kreisfreien Städten Düsseldorf, Krefeld, Mönchengladbach, Wuppertal, Remscheid und Solingen sowie in den Landkreisen Mettmann, Viersen und im Rheinkreis Neuss. Mehr Informationen auf der Homepage: <https://t1p.de/81m7z> INSTA und FB

POSTKOLONIAL

Der Arbeitskreis Düsseldorf Postkolonial ist ein Netzwerk aus Organisationen und Einzelpersonen, die sich für eine öffentliche Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Düsseldorfs und ein kritisches Bewusstsein über die kolonialen Kontinuitäten einsetzen. Unter anderem gehören das Eine-Welt-Forum, Eine Welt-Netz NRW, die Forschungsstelle Düsseldorfer Kolonialgeschichte der HHU, das Forum Freies Theater, Rheinland Global, die Initiative Neue Namen und Arbeit und Leben NRW dazu. Und neuerdings auch wir, der Stadtverband der GEW Düsseldorf. Wir unterstützen das Positionspapier des Arbeitskreises. Von Uwe Kleinert, Sprecher des Arbeitskreises Postkolonial

Im Stadtteil Düsseldorf Derendorf befindet sich an der Ecke Roßstraße / Tannenstraße, das Kolonialkriegerdenkmal am Frankenplatz. Auf der Inschrift des Denkmals ist klar und deutlich zu lesen: „Dem Gedenken Deutscher Kolonial Helden“. Die Inschrift wurde vor Kurzem im Rahmen einer denkmalpflegerischen Maßnahme der Stadt Düsseldorf restauriert. Eine kritische Einordnung des Denkmals und eine Distanzierung der Inschrift hat die Stadt unterlassen. Sie beruft sich nur auf eine ältere Informationstafel der Evangelischen Kirche. Das will unser Arbeitskreis nicht hinnehmen. Er hat deshalb ein Positionspapier erarbeitet, in dem er von der Stadt Düsseldorf eine Umgestaltung des Kolonialkriegerdenkmals fordert. Hier das Positionspapier in Auszügen:

Kernanliegen:

Umgestaltung zum Erinnerungsort

Der Wille zur Aufarbeitung deutscher Kolonialgeschichte gehört zum demokratischen Grundkonsens. Im Koalitionsvertrag der letzten großen Koalition 2017 hatten Union und SPD schon festgeschrieben, dass die deutsche Kolonialvergangenheit künftig ebenso Bestandteil der deutschen Erinne-

rungs- und Gedenkkultur sein sollte, wie NS- und DDR-Vergangenheit. Doch eine klare Positionierung und aktive Maßnahmen der Stadt Düsseldorf zur kritischen Aufarbeitung kolonialer Spuren und Kontinuitäten in Düsseldorf fehlen bisher. Deshalb fordert der Arbeitskreis Düsseldorf postkolonial die (künstlerische) Umgestaltung des Kolonialkriegerdenkmals am Frankenplatz. Dieses Denkmal, das deutsche Kolonialsoldaten glorifiziert, verherrlicht koloniale Verbrechen und ist ein Affront gegenüber deren Opfern, insbesondere jenen des Genozids an den Ovaherero und Nama. Wir fordern die Umgestaltung des Denkmal(-ortes) zu einem dekolonialen Erinnerungsort. Damit soll ein Bildungsangebot zur nachhaltigen Aufarbeitung der kolonialen Spuren fest in Düsseldorf verankert werden. Historischer Hintergrund.

Das Denkmal wurde 1909 zur Erinnerung an vier Düsseldorfer Kolonialsoldaten errichtet, die bei der Niederschlagung des Widerstands der Ovaherero und Nama gegen die deutsche Kolonialherrschaft umkamen. Der Völkermord an den Ovaherero und Nama (1904-1908) im heutigen Namibia kostete bis zu 100.000 Men-

schen das Leben und wurde von der Bundesregierung erst 2021 als Genozid anerkannt. 1935 erfolgte durch die Nationalsozialisten eine Umwidmung zur allgemeinen Ehrung „Deutscher Kolonial Helden“ und eine Versetzung auf den Frankenplatz.

Aktueller Zustand und Kritik

Die Stadt ist Eigentümerin und damit für das Denkmal verantwortlich. Kürzlich nahm sie eine denkmalpflegerische Maßnahme vor, jedoch ohne sich in irgendeiner Weise von dem Inhalt der angebrachten Gedenktafel zu distanzieren. Damit verpasst sie nicht nur erneut die Chance, eine klare politische Haltung einzunehmen, sich kritisch mit Düsseldorfs kolonialer Vergangenheit zu befassen und entsprechend Verantwortung zu übernehmen. Stattdessen sendet sie ein falsches Signal, weil sie die kolonialen Verbrechen verharmlost und die Opfer des deutschen Kolonialismus und deren Nachfahren beleidigt. Zudem wurde jetzt ein Teil der Inschrift hervorgehoben, was den Kontext zum Völkermord verdeckt. Als Bürgerinnen und Bürger halten wir diesen Zustand für untragbar.

Die eindeutige Aussage des Denkmals („Dem Gedenken Deutscher Kolonial Helden“) kann zudem als Volksverhetzung gewertet werden. Die Stadt sollte sich deshalb sichtbar von der Aussage distanzieren.

(...)

Forderungen

Wir erwarten, dass die Stadt Düsseldorf das Kolonialkriegendenkmal aktiv einordnet, indem sie eine sichtbare, kritische Positionierung zum Denkmal schafft. Dazu gehört für uns ein visuelles Eingreifen in das Denkmal sowie eine erklärende Tafel oder andere Formen der Informationsvermittlung über

die Verbrechen der Kolonialzeit und deren Folgen. Nur durch die Bereitstellung von Informationen und eine kritische Stellungnahme kann ein zeitgemäßes Bildungsangebot entstehen.

Bei der Entwicklung und Umsetzung dieser Maßnahmen müssen zwingend und umfassend Betroffenenperspektiven einbezogen werden, beispielsweise indem wissenschaftliche und aktivistische Stimmen aus den ehemaligen Kolonien gehört werden. Für denkbar halten wir auch, dass die Stadt Düsseldorf eine künstlerische Ausschreibung zur Umgestaltung des Denkmals zu einem Erinnerungsort initiiert und diese vor allem an Künstler*innen aus den diversen in Düsseldorf vertretenen Diaspora und den ehemaligen Kolonialgebieten adressiert. Wichtig ist zudem ein Bürgerdialog.

(...)

Einladung zur Zusammenarbeit

Die Unterzeichnenden betonen die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Stadt Düsseldorf, um eine verantwortungsvolle Erinnerungskultur zu etablieren, die die Kolonialverbrechen mahnt und die Opfer sowie deren Widerstand würdigt.

Es ist notwendig, die Dekolonisierung der Stadt in der Stadtpolitik zu verankern und eine langfristige Struktur und ein Gesamtkonzept durch Finanzmittel abzusichern. Dieses Positionspapier soll zu einer breiten Debatte in: der Düsseldorfer Stadtgesellschaft einladen.

Kontakt:

Tina Adomako, info@tinaadomako.de,
Dr. Uwe Kleinert, Uwe.Kleinert2012@gmail.com



ALLES NEU MACHT DER MAI

Auf der 2. Vorstandssitzung des neugewählten Vorstandes im Mai entstand dieses Gruppenfoto mit Damen und Herren. Neu im Vorstand sind: **Kristin Deutsch, Gero Wollgarten, Dorota Kordisch, Hans-Peter Kwasniewski, Sandro Monachello, Detlev Wöske, Erne Wehrhahn.**

Nicht mehr dabei sind **Herbert Clasen, Dietger Rohwerder und Edith Sarkar-Kuhnke.**

Herbert- den Kölner - haben wir voriges Jahr im Herbst verabschiedet in seinem Düsseldorfer Lieblingslokal im "Füchschen", Dietger vor der konstituierenden Sitzung des neuen Vorstandes am 5.5. im traditionellen Düsseldorfer Eiscafé Stefan da Roberto am Worringer Platz.

Intern teilen wir derzeit die Verantwortlichkeiten im Vorstand auf. Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen ihre Wünsche und Anregungen auf den Vorstandssitzungen einzubringen. Sie sind gewerkschaftsöffentlich, eine Anmeldung in der Geschäftsstelle ist nötig. Die Termine der Sitzungen (online und Präsenz) sind auf unserer Homepage eingestellt.

Wir danken an dieser Stelle nochmal ausdrücklich unseren langjährigen Funktionären **Herbert (Schriftführer), Edith (Vertrauensfrau für Ruheständler) und Dietger (Verantwortlich für die Vertrauensleute).** Sie haben unsere Düsseldorfer GEW im besten Sinn geprägt.

Wir hoffen, dass wir euch nicht nur auf den Jubilarfeier wieder sehen!

Der neue Vorstand freut sich auf eine aktive „Legislaturperiode“ mit euch!

Das Leitungsteam **Monika Maraun, Gabriella Lorusso, Sylvia Burkert**

ABSCHIED VON DIETGER

Abschiedsworte von Sylvia Burkert

„Lieber Dietger, heute ist der Tag gekommen, wo wir dich aus dem aktiven GEW-Leben verabschieden. Du bist seit 1972 Mitglied in unserer Gewerkschaft und du hast dich sowohl in deiner aktiven Lehrerzeit, als auch im Ruhestand lebhaft eingebracht.



Bei deiner Mitarbeit im Vorstand hast du dich besonders um die Vertrauensleute gekümmert. Diese sind ja bekanntlich besonders schwierig, wenn es um die gewerkschaftliche Anbindung in den Schulen geht. Auch wenn bei den von dir organisierten Treffen der Zuspruch bisweilen erschreckend gering war, hast du dich nie entmutigen lassen. Statt zu wehklagen, hast du dich über die gefreut, die kamen und in Bezug auf alle anderen mit dem dir eigenen Optimismus gefragt: "Was müssen wir jetzt machen, um noch mehr Vertrauensleute zu erreichen".

Mit deiner Geduld und deinem Optimismus hast du wichtige Eigenschaf-

ten gezeigt, die in einem immer weiter verdichteten Arbeitsleben wichtig sind. Zeit für die Durchsetzung eigener Interessen bei Kolleginnen und Kollegen zu wecken, das dann auch als Multiplikator in den Schulbetrieben, war dir immer enorm wichtig. Neben der gewerkschaftlichen Arbeit warst und bist du auch immer Naturwissenschaftler. Inwieweit das dabei geholfen hat, die gewerkschaftlichen Kolleginnen und Kollegen im Vorstand mit Wein zu bedenken, lassen wir heute mal aus...

Jetzt ist aber auch für dich die Zeit da, wo du deine aktive Mitarbeit beenden möchtest. Der Zahn der Zeit nagt ja an uns allen und auch du musstest dich zuletzt um dich und deine eigene Gesundheit kümmern.

Lieber Dietger, an dieser Stelle noch einmal herzlichen Dank für deine unermüdliche Arbeit für die GEW. Als kleines Dankeschön möchte dich der Vorstand aus seinen Reihen mit einer Aufmerksamkeit verabschieden und dir alles Gute in deinem nun wirklich eintretenden Ruhestand wünschen. Unsere Wünsche für Gesundheit, Glück und eine lange Fortsetzung deiner Aktivitäten außerhalb von Arbeit und Gewerkschaft begleiten dich. Wir wissen, dass du mit ganzem Herzen immer an den Ereignissen der GEW, besonders der GEW Düsseldorf teilnimmst und darüber freuen wir uns.

**Jetzt aber:
Dank und alles Gute für deine Zukunft“**

JHV NACHLESE

Leitantrag 2025/2026

Der Entwurf des Vorstandes wurde diskutiert und in der folgenden Form mehrheitlich verabschiedet. Theo Wahl- Aust kommentiert insbesondere den Punkt 14 des Leitantrages.

PRIORITÄT 2025:

1. Bundestags- und Kommunalwahl 2025: Bildungspolitische Themen nach vorne bringen im Zeichen des Kampfes gegen Rechts/AFD (Veranstaltung).
2. Tarifauseinandersetzungen TVöD (Januar/Februar) und TVL (endet 31.10.25) Motto: Kann denn Streiken Sünde sein?

WEITERARBEIT 2025:

Schul- und Bildungspolitik vor Ort

3. Lehrkräftemangel in Düsseldorf: Aktionen gegen die steigende Arbeitsbelastung
4. Verbesserungen der Situation der Schulen des Gemeinsamen Lernens (bei gleichzeitigem Erhalt der Förderschulen) / Mittelverteilung gemäß Sozialindex einfordern / Schulen mit hohem Migrant*innenanteil vor rechter Verunsicherung bei der Integration (insbesondere an Hauptschulen und Gesamtschulen) schützen; Prozess zur Einführung des Rechts auf einen Platz im OG kritisch begleiten
5. Schulausschuss: Zusammenarbeit mit Fraktionen in Sachen Weiterführung der Klo-Reinigung, Zweiter Bildungsweg stärken, VHS-Honorare / Festanstellungen bei drohender Streichung der BAMF- Mittel / Kurse
6. Digitalisierung plus Datenschutz voranbringen
7. Forderung nach Lehramtsstudiengängen an der HHU; Unterstützung der FG Hochschule und Forschung, Schwerpunkt Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte und Abschaffung der Zeitverträge; Unterstützung der Personalräte der GEW an HHU und HSD

GEW STÄRKEN

8. Intensivierung der Vertrauensleutearbeit
9. Mitgliedergewinnung und Betreuung (Seminar für Neumitglieder)
10. Startphase der RGS Düsseldorf begleiten / Synergieeffekte nutzen (gemeinsame Veranstaltungen, Aktionen Pressemitteilungen usw.)
11. Einbindung des bildungspolitischen Stammtisches der Ruheständler*innen in den Stadtverband

BÜNDNISARBEIT

12. Mitarbeit im Düsseldorfer Stadtbündnis sozial.gerecht.ökologisch,im DSSQ (wir sind als DGB-Gewerkschaft Mitglied) und im Eine-Welt-Beirat, Kooperation mit der Mahn- und Gedenkstätte und mit dem Jungen Schauspielhaus.

13. Unterstützung und Zusammenarbeit mit der Jüdischen Gemeinde und deren Schulen.

14. Die GEW unterstützt alle Bemühungen für einen gerechten und nachhaltigen Frieden zwischen Israel und Palästina.

Wir verurteilen jede Form des Antisemitismus.

Anmerkung der Redaktion: Der Entwurf des Vorstandes war der JHV ohne Punkt 14 vorgelegt worden, weil der Vorstand mehrheitlich der Auffassung war, dass im Leitantrag örtlich bezogene Aktivitäten aufgenommen werden sollten. Die anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer der JHV waren mehrheitlich anderer Auffassung.

**„Für einen gerechten und nachhaltigen Frieden zwischen Israel und Palästina.
Wir verurteilen jede Form des Antisemitismus.“
Von Theo Wahl-Aust, Vorstandsmitglied**

Wie im vergangenen Jahr hat auch in diesem Jahr die Jahreshauptversammlung der GEW Düsseldorf diese Ergänzung zum Leitantrag des GEW-Vorstandes verabschiedet.

Die Forderung nach einem nachhaltigen und gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina hat nichts von seiner Dringlichkeit verloren – im Gegenteil: Die Perspektiven für ein Leben in Gaza waren bereits zum Zeitpunkt der JHV prekärer und unklarer denn je und im Westjordanland hatte die israelische Regierung gerade dreizehn weitere Siedlungen genehmigt, wogegen auch das Außenministerium entschiedenen Protest eingelegt hat. Nach internationalem Recht sind sie illegal, da die eigene Bevölkerung nicht in ein besetztes Gebiet transferiert werden darf.

Am Tag der JHV berichtete die Frankfurter Rundschau über die Klage der jüdischen Aktivistin Hanna Veiler „Wo sind all die anderen, die für Frieden und Sicherheit eintreten? Diese Stimmen waren in den vergangenen anderthalb Jahren viel zu leise.“ (FR 25.3.2025)

Aber genau das, was Hanna Veiler beklagt, gehört zu den Kernaufgaben für uns als Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern. So heißt es in Art. 7 (2) unserer Landesverfassung: „Die Jugend soll erzogen werden im Geiste der Menschlichkeit und (...) zur Völkergemeinschaft und Friedensgesinnung.“ Und zum Tag der Arbeit heißt es in Art 25 (2): Der 1. Mai ist ein „Tag des Bekenntnisses zu Freiheit und Frieden, sozialer Gerechtigkeit, Völkerversöhnung und Menschenwürde.“

Und als Mitglied des DGB treten wir ein „für die Verwirklichung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung“ (Satzung des DGB, § 2 (2)).

Ich denke, es gehört zu unserer Aufgabe als Bildungsgewerkschaft, sich weiterhin für einen gerechten Frieden im Nahen Osten einzusetzen. Das ist auch ein Beitrag gegen wachsenden Antisemitismus.

Die Mehrheit der Mitglieder der JHV stimmte dieser Ergänzung des Leitantrags zu.

GERADLINIG

seid ihr unterwegs mit dem Lehrerkalender für das Schuljahr 25/26:

Wie in den letzten Jahren versenden wir den Schuljahreskalender im Taschenformat – für Mitglieder kostenfrei- an diejenigen Düsseldorfer Mitglieder, die ihn tatsächlich haben wollen und bei uns bestellen.

Ab sofort könnt ihr diese Bestellung vornehmen. Bitte teilt uns neben eurem Namen auch eure Schule/sonstigen Betrieb mit, der Kalender kommt dann immer jeweils mit der nächsten Schulpost nach eingegangener Bestellung.

Auch Nichtmitglieder können einen Kalender gegen eine Gebühr von EUR 3,80 (ggf. zzgl. Porto = EUR 5,60) erhalten.

Selbstverständlich kann der Kalender alternativ jederzeit zu den Öffnungszeiten in der Geschäftsstelle abgeholt werden. Es gilt: Solange der Vorrat reicht.

Und: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst.



Folgendes Material kann in der Geschäftsstelle abgeholt/bestellt werden:

- Broschüre: Bildung in der digitalen Welt. 2021-2025
- Broschüre: Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft
- Broschüre: Es fehlt an Struktur. Weiterbildungsbeschäftigte zwischen Intransparenz und Unterfinanzierung

Broschüren und Flyer zu vielen weiteren Themen sowie Restexemplare der Stadtverbandszeitung sind weiterhin auf Lager. Bitte erkundige dich bei Bedarf in der Geschäftsstelle.



Informieren und abonnieren

Bleib informiert – abonniere die Pressemitteilungen der GEW NRW:
<https://www.gew-nrw.de/gewerkschaft/presse#c1197-presseverteiler>

Immer auf dem Laufenden bleiben im Stadtverband

Wir verschicken aktuelle Informationen und Veranstaltungshinweise per Mail an unsere Mitglieder. Diejenigen, die uns noch keine Mailadresse zur Verfügung gestellt haben oder deren Mailadresse sich geändert hat, gehen leider leer aus. Das lässt sich ändern...
Schick uns eine Mail an geschaeftsstelle@gew-duesseldorf.de

Stadtzeitung online lesen

Übrigens: Wer die Stadtverbandszeitung in Zukunft nur noch online lesen und nicht mehr in Papierform erhalten möchte, sendet uns bitte eine kurze Mail: geschaeftsstelle@gew-duesseldorf.de

GEW Regionalgeschäftsstelle Düsseldorf
Friedrich-Ebert-Str. 34-38, 40210 Düsseldorf
Tel.: 0211-363902, Fax: 0211-6009147
geschaeftsstelle@gew-duesseldorf.de

<https://duesseldorf.gew-nrw.de/>
<http://www.facebook.com/GEWDuesseldorf/>
<https://krefeld.gew-nrw.de/>
www.facebook.com/GEWKrefeld/
<https://moenchengladbach.gew-nrw.de/>
<https://neuss.gew-nrw.de/>

Sprechzeiten:

Mo/Mi 9-13, Di 13:30-17:30, Do 13:30-16:30
z (außer in den Schulferien)

**Erholungs Sommerferien
wünscht die Geschäftsstelle,
die Redaktion und das Leitungsteam
des Stadtverbandes Düsseldorf!**

WIR
BLEIBEN
FÜR EUCH
DRAN!



UNSERE PERSONALRÄTINNEN UND PERSONALRÄTE AN DEN DÜSSELDORFER SCHULEN UND HOCHSCHULEN

Die Personalräte informieren auf unserer Homepage über wichtige grundlegende Dinge:
<https://duesseldorf.gew-nrw.de/gewerkschaft-vor-ort/personalraete-kontakt-informationen>

Örtlicher Personalrat Grundschule

Büro:

Monika Maraun, 1. Vorsitzende ÖPR
Am Wehrhahn 41, 20211 Düsseldorf
Sprechzeiten per Mail oder
telefonisch erfragen:
+492118924687
monika.maraun@duesseldorf.de

Monika Maraun
KGS Paulusschule
+49172 2149755
moni.maraun@web.de

Catharina Wolff
KGS Paulusschule
+49 211 667608
catharina.wolff@schule.duesseldorf.de

Holger Thrien
GGs Beckbusch-Schule
+49 2102 717772
holger.thrien@gew-nrw.de

Hannah Heisterkamp
GGs Lennéstraße
+49 163 9281778
hannah.heisterkamp@gew-nrw.de

Maria Varriale
KGS Thomas-Schule
+49 1590 3024121
varriale@gmx.de

Astrid Zörner
KGS Fleher Schule
+49 178 8633 716
astrid.zoerner@gew-nrw.de

Dina Kirschbaum
KGS Fleher Schule
dina.kirschbaum@gew-nrw.de

Ulrich Gosebruch
GGs Knittkuhl
+49 1759497300
ullrich.gosebruch@web.de

Andrea Gellert
KGS St. Fanziskus Schule
+49 1577 3897 7456
andrea.gellert@gew-nrw.de

Sandro Monachello
KGS Werstener Friedhofstraße
+49 2112495943
sandro.monachello@gew-nrw.de

Bezirkspersonalrat Förderschule

Nicole Kaspar

Alfred-Herrhausen-Schule
+49 211 46872458
nicolekaspar@alice-dsl.net

Daniela Drecker

Franz-Marc-Schule
+49 211 69167622
daniela.drecker.gew@gmx.de

Bezirkspersonalrat Hauptschule

Patricia Ollesch

Gemeinschaftshauptschule am Eller Forst
+49 211 346882
pollesch@gmx.de

Bezirkspersonalrat Realschule

Andreas Dietrich

Toni-Turek-Realschule
+49 212 64527631
andreasdietrich@schule.dusseldorf.de

Bezirkspersonalrat Gesamtschule

Gabriella Lorusso

Städtische Gesamtschule Stettiner Straße
+49 173 2744416
gabriella.lorusso@gew-nrw.de

Regina Köhler

Gesamtschule Stettiner Straße
+49 176 99225964
regina.koehler@brd.nrw.de

Bezirkspersonalrat Gymnasium und Weiterbildung

Hanna Tuszyński

Städtisches Gymnasium Gerresheim
+49 211 87525881
hanna.tuszyński@gew-nrw.de

Bezirkspersonalrat Berufskolleg

Marei Heinke

Elly-Heuss-Knapp-Schule
+49 1578 1642 104
marei.heinke@gew-nrw.de

Hauptpersonalrat Berufskolleg

Bärbel Bösche

Max-Weber-Berufskolleg
+49 211 91384874
baerbel.boesche@gew-nrw.de

Heinrich-Heine-Universität

Gero Wollgarten, 4. stellv. Vorsitzender

Med.-Fak./Studiendekanat
Tel. +49 211 81 11519
gero.wollgarten@uni-duesseldorf.de

Dominique Brasseur

Studierendenakademie
+49 211 81-13051
dominique.brasseur@hhu.de

Holger Ehlert

Studierendenakademie
+49 211 81-14747
holger.ehlert@hhu.de

Ein starker 1.Mai in Düsseldorf! Gabriella Lorusso vom Leitungsteam unseres Stadtverbandes hielt eine kämpferische Rede auf der Hauptbühne des DGB Düsseldorf. Unser Stand war wie immer gut besucht, die Personalrätinnen und Personalräte der GEW an den Düsseldorfer Schulen informierten; ihr Rat war gefragt.

Macht euch stark mit der GEW Düsseldorf!

